

Grenzen der Partizipation in der Denkmalpflege

Autor(en): **Wuelfert, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **NIKE-Bulletin**

Band (Jahr): **35 (2020)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-913733>

Nutzungsbedingungen

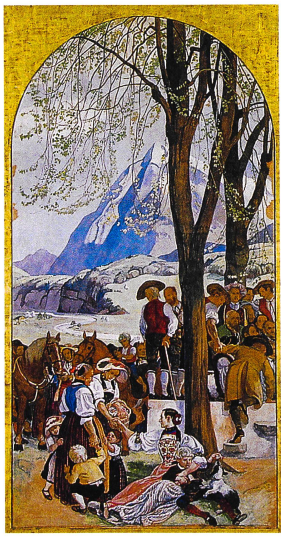
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Grenzen der Partizipation in der Denkmalpflege

Partizipation scheint heute das demokratische Mittel der Wahl, wenn es um schwierige Entwicklungen, Abwägungsprozesse, den Ausgleich gegenläufiger Interessen oder die Hinterfragung überkommener Entscheidungsstrukturen geht. Auch im Umfeld von Denkmalpflege und Baukultur hat der Begriff einige Konjunktur. Er wird genauso oft benutzt, wie unterschiedlich aufgefasst. Dass es um direkte Beteiligung interessierter Kreise in Strukturen oder an Prozessen geht, ist klar – die Frage nach dem «wer», «wie», «wo» und «unter welchen Voraussetzungen» schon weniger.

Von Dr. phil.-nat. Stefan Wuellert,
Präsidentin Eidgenössische
Kommission für Denkmalpflege,
stefan.wuellert@ekdenkmalpflege.ch

direkte Partizipation und partizipative Prozesse werden in den unterschiedlichsten Disziplinen und Kontexten gefordert, weiterentwickelt und untersucht – von der Publikumsbeteiligung bei Performances bis zur Entwicklung unserer Lebensräume. Dabei wird der Begriff oft unscharf eingesetzt. Das seit Jahren variierte Stufenmodell der Partizipation¹ kann der Präzisierung dienen und lässt sich in unterschiedliche Kontexte übernehmen.² Doch gibt es berechtigte Kritik daran: Die grafisch angedeutete Treppe suggeriert einerseits Wertigkeiten und andererseits einen ungehinderten stufenweisen Aufstieg. Doch – so die Kritik – nicht immer kann

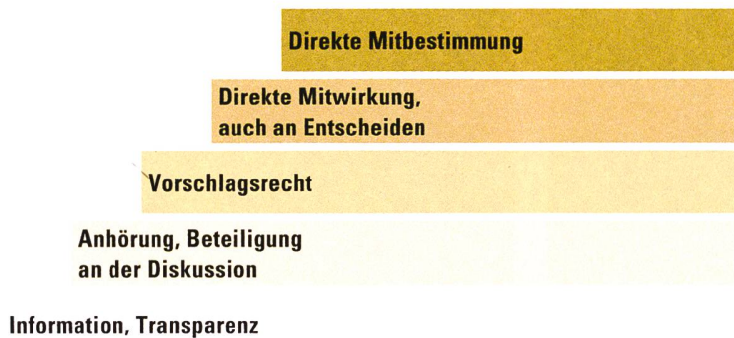
die nächste Stufe erreicht werden. Und ist informierte Machtlosigkeit wirklich höherwertig als uninformierte? Immerhin zeigen Stufenmodelle das sinnvolle aufeinander Aufbauen unterschiedlicher Stadien der Partizipation (Abb. S. 10).

- 1 Vgl. beispielsweise: Hella von Unger, Martina Block, «Partizipation der Zielgruppe in der Gesundheitsförderung und Prävention», in: Michael T. Wright (Hrsg.), *Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention*. Bern: Hans Huber Verlag, 2010, S. 35–52.
- 2 Vgl. beispielsweise: Ahmet Derick, «Modelle der Partizipation», in: Ahmet Derick et al. *Partizipation in der offenen Ganztageschule* (DOI: 10.1007/978-3-531-19693-0_3). Wiesbaden: Springer, 2013, S. 43–71.

«Die Landsgemeinde» von
Albert Welti und Wilhelm Balmer
(1904). Das Monumentalgemälde im
Ständeratssaal des Bundeshauses
zeigt auch die Tradition partizipativer
Prozesse in der Schweiz.
© Archiv Stefan Wuellert

Unabhängig davon lassen sich drei aufeinander aufbauende, zunehmend anspruchsvolle Phasen der Partizipation postulieren:

- Eine von allgemeinem Interesse und allenfalls persönlicher Betroffenheit motivierte Informations- und Rezeptionsphase;
- eine anschließende Phase der Kontextualisierung, etwa im persönlichen Umfeld, des Austausches und der Meinungsbildung und schliesslich die dadurch motivierte
- dritte Phase einer persönlichen, also direkten Mitwirkung bis hin zur Mitbestimmung.



Das Stufenmodell der Partizipation beschreibt den Bereich direkter Beteiligung unterschiedlicher Interessengruppen an denkmalpflegerischen Prozessen und Entscheiden.

Während sich die zwei ersten (Vor-)Phasen aktiver Partizipation durch Information, Transparenz und qualifizierte Vermittlung unterstützen lassen, müssen Mitwirkung und -bestimmung in geeigneter Form organisiert und mit transparent geführten Prozessen hinterlegt werden. Neuere Überlegungen zu einer differenzierteren Sicht auf partizipative politische Prozesse bietet R. Dean (Abb. S. 11).³

Zur Diskussion der Partizipation

Vergleichbare Phasen lassen sich an den Grundlegendokumenten der Denkmalpflege ablesen: Denkmalpflegerisches Handeln ist bis ins ausgehende 20. Jh. eine Angelegenheit interdisziplinär zusammenarbeitender Spezialistinnen und Spezialisten, die im Rahmen eines weitgehenden kulturellen Konsenses operieren. So enthält die Charta von Venedig (1964) noch keine Hinweise auf partizipative Elemente, genauso wenig wie frühe Versionen der darauf aufbauenden, und diese präzisierende Charta von Burra (1979). Erst seit ihrer Revision von 1999 enthält sie in Artikel 12 immerhin die Forderung nach Partizipation von Menschen, für die eine Kulturstätte tatsächliche oder als solche empfundene Bedeutungen habe, oder die sich dafür sozial, geistig oder kulturell verantwortlich fühlten. Erst die von der Schweiz 2018 spät ratifizierte Konvention von Faro (2005) zielt schliesslich als «Rahmenübereinkommen des Eu-

3 R. Dean. «Beyond radicalism and resignation: The competing logics for public participation in policy decisions», *Policy & Politics*, 45(2), 2017, 213-230.

roparats über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft» zentral auf Partizipation, indem sie das Subjekt zum Mass für dem Kulturerbe zugemessene Werte macht. Objekte seien nicht mehr wegen der ihnen zugeschriebenen Qualitäten zu erhalten, sondern weil sie Aufgaben erfüllten, die für das Leben der Menschen und ihrer Gesellschaften wichtig sind. Folglich ist nach Faro auch die Bewahrung des Kulturerbes unter aktiver und direkter Beteiligung «lokaler Akteure» zu organisieren.

Ähnlich entwickelt sich die vertiefte Diskussion partizipativer Prozesse in der Denkmalpflege: So schlägt etwa die vom Bundesamt für Kultur in Auftrag gegebene «Situationsanalyse zur Kommunikation in den Bereichen Denkmalpflege, Archäologie und Ortsbildschutz in der Schweiz» (2017) neue Formen der Kommunikation und Beteiligung vor, um der konstatierten «Traditionskrise» zu begegnen. «Involvieren statt sensibilisieren» titelt der Schlussbericht. 2018 stellt die Davos-Declaration der europäischen Kulturminister fest, dass eine hohe Baukultur «die Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie eine umfassend informierte und mündige Öffentlichkeit» benötige. 2018 führten NIKE, SIA und Kornhausforum Bern eine Veranstaltung mit dem programmatischen Titel «Partizipation macht Baukultur» durch. Das Thema ist seither aus Diskussionen zur Denkmalpflege nicht mehr wegzudenken.

Partizipation als Gefahr?

Ingrid Scheurmann⁴ formulierte 2019 in der Reihe «Wertewandel und gebaute Umwelt» die Frage: «Partizipation in der Denkmalpflege – Wunsch, Wirklichkeit oder Bedrohung?» Exemplarisch rezipiert dieser Titel eine im Kontext partizipatorischer Ansätze in der Denkmalpflege oft angeführte Befürchtung, dass die mit direkter Teilhabe verbundene Relativierung von Expertenwissen einerseits und die mangelnde Expertise breiter Schichten der Bevölkerung andererseits eine Bedrohung für den Bestand des

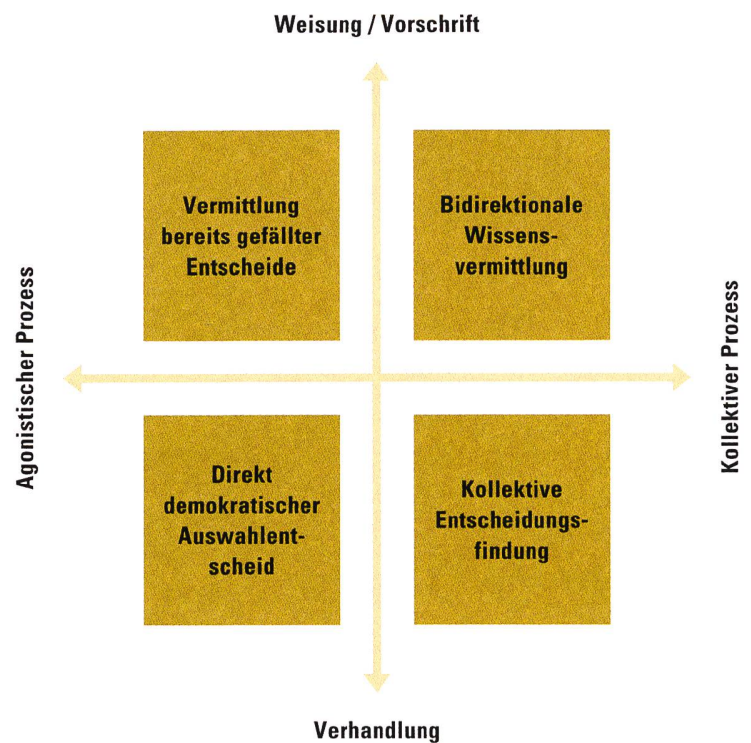
4 www.b-tu.de/news/artikel/15741-partizipation-in-der-denkmalpflege-wunsch-wirklichk (01.10.2020)

kulturellen Erbes darstellten. Damit lautet die zentrale Frage, inwiefern die potenziell Teilhabenden an Entscheidungsprozessen in der Denkmalpflege auch zur Partizipation fähig sind oder erst dazu befähigt werden müssten. Oder können die vorher erwähnten Vorstufen der Teilhabe genügen? Könnte gute Kommunikation für das Denkmal ein sozusagen ungefährlicher Ersatz für aktivere Partizipation sein?

Ohne dies in der hier gebotenen Kürze belegen zu können, lässt sich als provisorische Zwischenbilanz für die Schweiz eine weitgehend positive Grundhaltung gegenüber der Partizipation in der Denkmalpflege konstatieren. In ihrer pluralistischen demokratischen Ordnung mit sorgfältig abgestuften Elementen direkter Demokratie, kennt die Schweiz auch geeignete Methoden der Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung. Elaborierte Gesetze und im europäischen Vergleich vorbildliche Inventare bildeten eigentlich auch transparente strukturelle Rahmenbedingungen. Problematisch nur, dass just diese in zunehmender Weise hinterfragt werden – und das offenbar nicht nur hierzulande.⁵

Partizipation und Partikularinteressen

Andere Stimmen sehen die Forderungen nach Partizipation in der Denkmalpflege nicht im Sinne einer demokratisch logischen Evolution, sondern eher als Ausdruck eines paradigmatischen Bruchs, die Lipp⁶ als Wechsel zu einer «Postmodernen Denkmalpflege» bezeichnet hat. Die inter-



Motivationen partizipatorischer Prozesse zwischen agonistischer und solidarischer Prozessführung nach R. Dean (2017).

5 Vgl. dazu: Paul Zalewsky (2017). «Problematik der Objektivierung von Argumentationen in der Praxis der Denkmalpflege», in: Landesamt für Denkmalpflege, Kiel (Hrsg.). *Bericht über die Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland, 2015 in Flensburg* (Beiträge zur Denkmalpflege in Schleswig-Holstein 6). Kiel: Verlag Ludwig, 2017, S. 271-276.

6 Wilfried Lipp. «Vom modernen zum postmodernen Denkmalkultus? Aspekte zur Reparaturgesellschaft», in: Wilfried Lipp, Michael Petzet (Hrsg.). *Vom modernen zum postmodernen Denkmalkultus? Denkmalpflege am Ende des 20. Jahrhunderts*. 7. Jahrestagung der Bayerischen Denkmalpflege, 1993 (Arbeitshefte des bayerischen Amtes für Denkmalpflege 69). München: Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, 1994.



Kultureller Vandalismus im Rahmen oft ritualisierter Empörungsgesten sollte nicht mit Partizipation verwechselt werden: Nach dem Angriff auf die Justitia des Gerechtigkeitsbrunnens in Bern am 13.10.1986.

© Archiv Stefan Wuelfert

national im Kulturgüterschutz tätige Architektin Aylin Orbasli kontextualisiert diesen Wechsel in eher pessimistischer Weise⁷ mit der sich vermindernenden Rolle und Macht staatlicher, aber auch denkmalpflegerischer Doktrinen. Bisherige Prinzipien der Erhaltung würden von neuen, zunehmend dominanten Anspruchsgruppen neu interpretiert. Zu diesen zählt Orbasli marktwirtschaftlich orientierte Konsumentinnen und Konsumenten, die durch globale Kommunikationsströme in sozialen Medien neuen, scheinbar beliebig steuerbaren Narrativen folgen und sich in einer Welt «alternativer Fakten» kaum um Authentizität oder Denkmalwerte scheren. Sie lehnen bestehende Rahmenbedingungen ab und brauchen den Rat der Experten und Expertinnen nicht mehr. Letzere werden zu Gegnern vermeintlich berechtigter Interessen einer zumindest empfundenen und also solche legitimierenden Mehrheit stilisiert.

Orbasli mag Recht haben: Entwicklungen der letzten Jahre könnten darauf hindeuten, dass sich Prozesse der aktiven Partizipation in der Denkmalpflege nicht so nahtlos wie erhofft in die hart erarbeitete Tradition qualifizierter Substanzerhaltung einfügen lassen. Entfesselte Formen ideologisch oder emotional getriebener Selbstermächtigung zur Zerstörung von Denkmälern scheinen quer durch die Kulturkreise zunehmend salonfähig. Die Sprengung der Buddha-Statuen in Bamiyan, die weitgehende Zerstörung von Palmyra bis hin zum kürzlich erfolgten Sturz der Denkmäler historischer Sklaventreiber im Rahmen der «black lives matter»-Bewegung könnten pauschal in der

7 Aylin Orbasli. «Conservation Theory in the Twenty-First Century: Slow Evolution or a Paradigm Shift?», *Journal of Architectural Conservation* 23:3, 2017, 157-170 (DOI: 10.1080/13556207.2017.1368187).

Baukulturelle Bildung
fängt in der Schule an.
Beispiel für Unterrichts-
material der Bernischen
Denkmalpflege und
Erziehungsdirektion.
© Archiv Stefan Wuelfert

Baudenkmäler auf dem Schulweg



Schulhaus, Jungfraustrasse 2, Thun

Auf einem Ortsplan zeichnest du deinen Schulweg ein und markierst die Baudenkmäler, die sich auf diesem Weg befinden. Informationen dazu erhältst du von deiner Lehrperson oder auf der Seite → www.bit.ly/bauinventar-online oder auf der Gratis-App **denkmappBE**.

Tradition des Bildersturms gesehen werden. Sie fallen aber heute unglücklicherweise in eine Zeit zunehmender Virtualisierung, privatisierter Kommunikation und abnehmenden Interesses an Wahrheit, Zeugenschaft oder gar Komplexität: Zunehmend kriegerisch wirkende, hochemotionale Entwürfsrituale unter der Fahne zumindest partieller politischer Korrektheit scheinen vielen Menschen wichtiger als das enorme Potenzial, das Geschichte und Kulturerbe der zivilisierten Auseinandersetzung einer nachdenklichen Gesellschaft böte, die sich zweifellos an einer wichtigen Schwelle der Weiterentwicklung befindet.

Macht demokratisch legitimierte Partizipation in der Denkmalpflege vor diesem Hintergrund Sinn? Der Politphilosoph Jason Brennan, Autor der Streitschrift *Against Democracy*⁸, würde mit einer Gegenfrage antworten: Ist das gute und richtige Resultat wichtiger als das demokratische Prinzip? Oder sind demokratisch legitimierte Fehlleistungen prinzipiell zu akzeptieren?

In Hinsicht auf Partizipation an denkmalpflegerischen Prozessen darf es das von Brennan plakativ postulierte «entweder oder» nicht geben. Demokratisch legitimierte Meinungsbildungsprozesse sollen in Entscheide und Güterabwägungen einfließen. Je qualifizierter und pluralistischer sie daher kommen, desto besser für eine demokratisch legitimierte Denkmalpflege. Allerdings ist die Aufgabe der Qualifikation für Fragen der Denkmalpflege von den Bildungsverantwortlichen und Vermittlern bisher nicht in ausreichendem Mass oder jedenfalls nicht besonders erfolgreich wahrgenommen worden. Hoffen wir hier also auf die im Rahmen der jüngsten «Strategie Baukultur» des Bundesamtes für Kultur zu etablierenden Massnahmen im Bildungssektor.

Partizipation in der Schweiz

Die Interessen zukünftiger Generationen sind auch in Zeiten der Partizipation durch festgelegte Randbedingungen vor allzu spontanen Übergriffen zu schützen. Die Schweiz ist hier auf nationaler Ebene u.a. mit ihrem Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG), ihren Inventaren, Expertinnen und Experten, Kommissionen auf nationaler wie kantonaler Ebene sowie mit ihren Fachstellen in Europa vergleichsweise sehr gut aufgestellt. Sie alle sind wichtiger Teil der erwähnten notwendigen strukturellen Randbedingungen, die sinnvolle Partizipation in der Denkmalpflege erst ermöglichen. Natürlich werden auch sie sich weiterentwickeln müssen. Ihre Demontage würde aber gerade in Zeiten der Partizipation zum möglichen Totalverlust eines wesentlichen Teils unseres kulturellen Gedächtnisses führen.

Im längerfristig gültigen Rahmen kann und soll direkte Partizipation in der Denkmalpflege in geeigneter Form organisiert werden (vgl. Beitrag S. 14-17). Das ist allerdings aufwändig und erfordert zusätzliche, nicht etwa verminderte Ressourcen. Denkmalpflege ist heute wichtiger denn je – sie muss sich nicht gegen andere, angeblich gegenläufige gesellschaftliche Herausforderungen (Gewinnung erneuerbarer Energien, Landschaftsschutz etc.) und auch nicht gegen Partikularinteressen ausspielen lassen. Dazu müssen die Beteiligten noch besser kommunizieren und die hervorragende Passung zentraler Anliegen der Denkmalpflege mit hochaktuellen Themen wie Suffizienz und Nachhaltigkeit sehr viel besser und verständlicher klarstellen – nicht nur in Fachkreisen. ■

Résumé

On rencontre fréquemment le concept de participation, qui apparaît dans les contextes les plus divers. Il y a différentes phases et différents degrés de participation, qui s'appuient les uns sur les autres. Dans la discussion sur la conservation des monuments historiques, le terme est encore assez jeune. Dans les textes de référence, la première mention de la participation apparaît lors de la révision de la Charte de Burra en 1999. La Convention de Faro de 2005, récemment ratifiée par la Suisse, est la première à se concentrer sur la participation.

Une participation efficace exige une très bonne information de toutes les personnes concernées, en particulier sur les possibilités ouvertes par la participation, mais aussi sur les limites qui lui sont imposées, par exemple par la loi ou les règles professionnelles. La Suisse est en principe très bien positionnée à cet égard, avec ses mécanismes de démocratie directe bien établis, ses bases légales, ses inventaires, ses services spécialisés et son expertise. Si des acteurs très émotifs outrepassent les limites ainsi définies, une participation «sauvage» peut cependant conduire à la destruction violente de biens culturels, comme nous l'ont malheureusement enseigné différentes phases de vandalisme culturel.

On craint parfois que la participation démocratique soit un danger pour la conservation des monuments historiques. Mais le danger vient moins des mécanismes participatifs eux-mêmes que de la menace d'un démantèlement ou d'un affaiblissement du cadre légal et réglementaire. Or, les théoriciens qui jugent que nous entrons dans une phase «postmoderne» de la conservation des monuments ne sont pas les seuls à prédir un tel démantèlement.

8 Jason Brennan (2017). *Against Democracy*. Princeton: Princeton University Press, 2017.